

Reglement über die Versorgung der Stadt mit Energie (Energierglement)

vom ...

Beilage 2

15.2.01

Der Grosse Gemeinderat erlässt, gestützt auf Art. 5 und Art. 200 ff. des Gemeindegesetzes vom 23. August 1979¹ sowie Art. 46 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung vom 14. Februar 1984², als Reglement:

I. Allgemeine Bestimmungen	
Gegenstand	<p>Art. 1</p> <p>Dieses Reglement regelt</p> <ul style="list-style-type: none">a) das Verhältnis zwischen der Stadt und der Sankt Galler Stadtwerke AG (im Folgenden sgsw) einschliesslich der Eigentümerstrategie der Stadt bezüglich der sgsw,b) die Versorgung der Stadt St.Gallen mit Energie sowie die Sicherstellung der öffentlichen Beleuchtung.
Übertragung von Aufgaben	<p>Art. 2</p> <p>Die Stadt überträgt den sgsw im Rahmen der Bestimmungen dieses Reglements die öffentlichen Aufgaben der Versorgung ihres Gebiets mit Elektrizität und der Betriebsführung der öffentlichen Beleuchtung.</p> <p>Die Stadt kann die sgsw ausserdem damit beauftragen, ihr Gebiet mit anderen Energieträgern (z.B. Erdgas und Fernwärme) zu versorgen. Die diesbezüglichen Rechtsverhältnisse zwischen den sgsw und der Kundschaft unterstehen dem Privatrecht.</p>
II. Verhältnis zwischen Stadt und sgsw	
Eigentümerstrategie	<p>Art. 3</p> <p>Die Stadt strebt durch die Ausübung ihrer Aktionärsrechte insbesondere folgende strategischen Ziele an:</p> <ul style="list-style-type: none">a) die Gewährleistung einer hochstehenden, ausreichenden und bedarfsgerechten Grundversorgung mit Elektrizität, Erdgas und Fernwärme,b) die Zukunftssicherung der Gesellschaft aus eigener Kraft,c) eine angemessene Verzinsung des investierten Kapitals und eine faire Abgeltung der Leistungen der öffentlichen Hand,d) die angemessene Berücksichtigung von Ressourcen schonenden und umweltverträglichen Möglichkeiten der Energieversorgung unter Beachtung der jeweiligen Gegebenheiten und Möglichkeiten am Energiemarkt,e) eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Nutzung der Abwärme der Kehrlichtverbrennungsanlage.
Öffentlicher Grund	<p>Art. 4</p> <p>Den sgsw wird im Rahmen der Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben für die Laufzeit der Leistungsvereinbarung ein exklusives dauerndes Sondernutzungsrecht am öffentlichen Grund</p>

¹ sGS 151.2

² sRS 111.1

	eingräumt. Sie haben jedoch die Pflicht, Bauvorhaben mit den zuständigen Stellen der Stadt abzusprechen und zu koordinieren.
Einwohnerdaten	<p>Art. 5</p> <p>Die Stadt stellt den sgsw die zur Erfüllung der ihnen durch dieses Reglement übertragenen Aufgaben erforderlichen Einwohnerdaten zur Verfügung. Davon ausgenommen sind Daten, welche gemäss der Datenschutzverordnung vom 24. Oktober 1995³ besonders geschützt sind.</p>
Leistungsvereinbarungen	<p>Art. 6</p> <p>Die Stadt schliesst mit den sgsw Leistungsvereinbarungen ab. Diese regeln mindestens die folgenden Punkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) eine in Menge und Qualität ausreichende und bedarfsgerechte Versorgung der gesamten Stadt mit Energie, b) die Sicherstellung der öffentlichen Beleuchtung, c) die Versorgung aller Kundengruppen zu marktkonformen Preisen, d) die Sicherstellung einer hohen Versorgungssicherheit durch Planung, Bau und regelmässigen Unterhalt der Versorgungsanlagen sowie angemessene Ersatzinvestitionen, e) die Erschliessung neuer Versorgungsgebiete, f) die Sicherstellung eines transparenten Rechnungswesens pro Geschäftsfeld, g) Einzelheiten der Beanspruchung des öffentlichen Grunds durch die sgsw, h) die durch die sgsw an die Stadt zu erbringenden finanziellen Leistungen.
Befugnisse des Stadtrats	<p>Art. 7</p> <p>Der Stadtrat</p> <ul style="list-style-type: none"> a) schliesst seitens der Stadt die Leistungsvereinbarungen sowie die weiteren erforderlichen Verträge mit den sgsw ab und wacht über deren Einhaltung; er lässt sich hierfür durch den Verwaltungsrat der sgsw periodisch informieren, b) vertritt die Stadt als Aktionärin und übt die Aktionärsrechte an der Generalversammlung aus.
III. Abgaben der festen Kundschaft im Bereich Elektrizität	
Gegenstand und Abgabepflicht	<p>Art. 8</p> <p>Die sgsw erheben unter Vorbehalt von Art. 14 dieses Reglements</p>

³ sGS 142.11

	<ul style="list-style-type: none"> a) von den Gebäudeeigentümern: einmalige Anschlussgebühren für jeden Anschluss eines Gebäudes an die Versorgungsnetze, b) von der Kundschaft: Bezugsgebühren oder wiederkehrende Gebühren für die Abgabe von Elektrizität, c) von denjenigen, welche eine Leistung veranlassen: Bearbeitungsgebühren für administrative Aufwendungen, gesetzliche Kontrollen, die Behandlung von Bewilligungsgesuchen und dergleichen.
Bemessungsgrundsätze	<p>Art. 9</p> <p>Die Gebühren sind folgendermassen zu bemessen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die gesamten Einnahmen aus dem Elektrizitätsbereich sollen mindestens die entsprechenden Aufwendungen decken; das Erzielen eines angemessenen Betriebsgewinns ist zulässig, b) die Gebühren haben in einem angemessenen Verhältnis zum Wert der Leistung für die Betroffenen zu stehen, c) innerhalb der gleichen Kundengruppe sind gleiche Gebühren zu verrechnen,
Kundschaft	<p>Art. 10</p> <p>Als Kunde bzw. Kundin gilt</p> <ul style="list-style-type: none"> a) bei vermieteten oder verpachteten Liegenschaften, Gewerbebetrieben, Anlagen oder Wohnungen, für die eigene Zähler installiert sind: der Mieter bzw. die Mieterin respektive der Pächter bzw. die Pächterin, b) im Fall der Messung des Verbrauchs verschiedener Bezüger und Bezügerinnen durch einen gemeinsamen Zähler: <ul style="list-style-type: none"> 1. bei Mietobjekten: der Vermieter bzw. die Vermieterin, 2. bei Reihenhäusern, Siedlungen, Garagentrakten usw.: der Eigentümer bzw. die Eigentümerin der Liegenschaft, in welcher der Zähler installiert ist, 3. bei Mit-, Gesamt- und Stockwerkeigentum: eine durch die Eigentümerschaft gewählte Person, c) in den übrigen Fällen: der Grundeigentümer bzw. die Grundeigentümerin.
Anschlussgebühr	<p>Art. 11</p> <p>Für den Anschluss an die Elektrizitätsversorgung kann eine Anschlussgebühr erhoben werden, die sich nach den Kosten für die Erstellung der Anschlussleitung oder nach einem Pauschalkostenmodell bemisst.</p>

Bezugsgebühren	<p>Art. 12</p> <p>Für die Versorgung mit Elektrizität können folgende Gebühren erhoben werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) eine Grundgebühr pro Messstelle, b) eine Arbeitsgebühr, die sich nach der Menge bezogener Energie bemisst, c) eine Leistungsgebühr, die sich nach der höchsten Leistung, die während einer Ablesperiode im höchsten tageszeitlichen Tarif beansprucht wird, bemisst. <p>Jahres- und tageszeitliche Besonderheiten des Energiebezugs können berücksichtigt werden.</p>
Bearbeitungsgebühren	<p>Art. 13</p> <p>Die Bearbeitungsgebühren richten sich nach den tatsächlichen Kosten.</p>
Verträge mit der Kundschaft	<p>Art. 14</p> <p>Die sgsw sind berechtigt, mit der Kundschaft individuelle, von Reglement und Tarifen abweichende Bedingungen für den Bezug von Elektrizität zu vereinbaren, soweit eine der nachstehenden Voraussetzungen erfüllt ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) es handelt sich um Kunden und Kundinnen, die aufgrund von Vorschriften des übergeordneten Rechts Zugang zu einem freien Elektrizitätsmarkt erhalten, b) es handelt sich um einzelne Kunden und Kundinnen, bei denen der Vertragsabschluss aufgrund der Bezugsgegebenheiten, grösserer Bezugsmengen oder der Konkurrenzsituation sachlich gerechtfertigt ist.
Verbrauchsmessung	<p>Art. 15</p> <p>Die sgsw sind für die Installation von Zählern besorgt, welche eine zuverlässige Messung des Elektrizitätsverbrauchs gewährleisten. Diese Zähler sind für die Feststellung des Verbrauchs massgebend.</p>
Säumnis	<p>Art. 16</p> <p>Werden Forderungen der sgsw bis zum Ablauf der Zahlungsfrist nicht bezahlt, so können Verzugszinsen und Mahngebühren erhoben werden.</p> <p>Nach erfolgloser Mahnung und vorheriger Androhung können angemessene unverzinsliche Vorauszahlungen oder Garantieleistungen eingefordert bzw. Münzzähler eingebaut werden,</p> <p>Werden eingeforderte Vorauszahlungen oder Garantieleistungen nicht erbracht, so kann die Energielieferung nach vorheriger</p>

	Androhung bis zur Bezahlung aller offenen Forderungen eingestellt werden.
Ausschluss der Verrechnung	Art. 17 Forderungen gegen die sgsw oder die Stadt können nicht mit Forderungen, welche sich auf dieses Reglement stützen, verrechnet werden.
IV. Leitungen, Installationen und Lieferung von Elektrizität	
Durchleitungsrechte	Art. 18 Die sgsw richten Entschädigungen für Durchleitungsrechte für Elektrizitätsleitungen aus und vergüten entstandene Schäden zufolge der Verstärkung der Verteilanlagen, soweit die Leitung nicht ganz oder teilweise der Versorgung des beanspruchten Grundstücks dient. Sind Teile der Anschlussleitungen in Grundstücken Dritter zu erstellen, so ist zugunsten der sgsw ein Dienstbarkeitsvertrag abzuschliessen.
Hausinstallationen	Art. 19 Erstellung und Unterhalt der auf die Anschlusssicherung folgenden Einrichtungen (Hausinstallationen) sind Sache des Eigentümers bzw. der Eigentümerin der Liegenschaft. Sie dürfen nur durch Personen erstellt, unterhalten, verändert oder erweitert werden, welche im Besitz einer Bewilligung der sgsw sind. Die Bewilligung wird erteilt, wenn der Gesuchsteller bzw. die Gesuchstellerin persönlich und fachlich Gewähr für eine vorschriftsmässige Installation sowie für eine prompte Reparatur der Anlagen bietet.
Öffentliche Beleuchtung	Art. 20 Die sgsw haben das Recht, die für die öffentliche Beleuchtung erforderlichen Einrichtungen nach Absprache mit den betroffenen Grund- und Hauseigentümern auf privaten Grundstücken oder an privaten Bauobjekten anzubringen und zu benützen, Sie haben weiter das Recht, Pflanzen, welche die öffentliche Beleuchtung beeinträchtigen, nach vorheriger Anzeige an die Grundeigentümer zurückzuschneiden.
Unterbrechung der Lieferung	Art. 21 Die sgsw sind befugt, die Lieferung von Elektrizität einzuschränken oder vorübergehend einzustellen, wenn a) Betriebsstörungen oder höhere Gewalt vorliegen,

	<ul style="list-style-type: none"> b) Reparaturen, Unterhalts- oder Erweiterungsarbeiten nötig sind, c) in Fällen von Lieferschwierigkeiten eine gleichmässige Allgemeinversorgung aufrechterhalten werden muss. <p>Für Schäden, die aus der Unterbrechung, Unregelmässigkeit und Einschränkung oder durch die unvermutete Wiederaufnahme der Lieferung entstehen, kann keine Entschädigung beansprucht werden. Vorbehalten bleibt die Haftung nach den Gesetzen des Bundes und des Kantons.</p>
--	--

V. Übertragung hoheitlicher Befugnisse

Allgemeines	<p>Art. 22</p> <p>Die sgsw übernehmen mit den ihnen übertragenen öffentlichen Aufgaben die damit verbundenen Rechte und Pflichten der Stadt. Sie können, soweit dies die Aufgabenerfüllung erfordert, insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) das Recht auf Zutritt zu allen Versorgungsanlagen beanspruchen, b) besondere Pflichten der Kunden und Kundinnen wie namentlich Bewilligungspflichten statuieren, c) die in diesem Reglement vorgesehenen Gebühren erheben und durchsetzen.
-------------	---

Verfügungen	<p>Art. 23</p> <p>Die sgsw erlassen die zum Vollzug dieses Reglements notwendigen Verfügungen.</p> <p>Diese können mit Rekurs beim Stadtrat angefochten werden. Das Verfahren richtet sich nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege.⁴</p>
-------------	--

VI. Schlussbestimmungen

Vollzugsbestimmungen	<p>Art. 24</p> <p>Der Stadtrat erlässt einen Gebührentarif sowie Ausführungsbestimmungen, insbesondere über:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Einzelheiten der Abgabenerhebung, b) die Erstellung, den Betrieb und den Unterhalt der Versorgungsanlagen, c) die Abgrenzung der öffentlichen Versorgungsanlagen von den privaten Anlagen, d) die Einzelheiten des Verhältnisses zu Kunden und Kundinnen,
----------------------	--

⁴ sGS 951.1

	e) die Abgabe von Elektrizität sowie die Messung des Konsums.
Aufhebung bisherigen Rechts	Art. 25 Mit dem Inkrafttreten dieses Reglements werden das Reglement über die Abgabe von Energie und Wasser durch die Versorgungsbetriebe vom 28. Oktober 1969 ⁵ , die seither erlassenen Nachträge sowie die gestützt darauf erlassenen Tarife aufgehoben.
Referendum und Genehmigung	Art. 26 Dieses Reglement untersteht dem fakultativen Referendum. Es bedarf der Genehmigung durch das zuständige kantonale Departement.
Inkrafttreten	Art. 27 Der Stadtrat bestimmt das Inkrafttreten.

St.Gallen, den

Im Namen des Grossen Gemeinderats
Der Präsident:
Beat Schäfli

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke



⁵ sRS 511.1